



96/2003

Kiel, 25. August 2003

## Vorschau auf die 35. Tagung des Landtages: Erstmals wird ein Zweijahres-Haushalt beraten

Kiel (SHL) – Am kommenden **Mittwoch, 27. August**, beginnt die 35. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Die Tagesordnung sieht eine Beratung bis Freitag Abend 18:00 Uhr vor.

Der erste Sitzungstag steht ganz im Zeichen der Haushaltsberatung: In Erster Lesung wird das **Haushaltsgesetz 2004/2005** (Drs. 15/2790) beraten. In diesem Zusammenhang wird auch über den **Finanzplan 2003 – 2007** (Drs. 15/2819) debattiert. Erstmals erstreckt sich der Landeshaushalt über einen Zeitraum von zwei Jahren. Im Anschluss an die fünfstündige Debatte der Landesfinanzen wird noch über zwei Anträge zur Reform der Gemeindefinanzen beraten: **Für eine sinnvolle Gemeindefinanzreform** plädiert die FDP-Fraktion in ihrem Antrag (Drs. 15/2823) dazu; auch SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN wollen eine **Reform der Gemeindefinanzen** (Drs. 15/2826). In beiden Anträgen wird die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat das Konzept der Bundesregierung zur Reform der Gemeindefinanzen abzulehnen. Uneins ist man jedoch hinsichtlich der Alternativen: Die FDP fordert die Abschaffung der Gewerbesteuer, während Rot-Grün sie nach dem Modell der Kommunalen Spitzenverbände reformieren will.

Am **Donnerstag, 28. August**, stehen mehrere Themen aus dem Bildungsbereich auf dem Programm des Parlaments: Zunächst geht es auf der Grundlage eines CDU-Antrages um die **Modernisierung der Hochschulen** (Drs. 15/2829). Darin fordert die CDU-Fraktion die Einführung eines Landeshochschulrates, der unter anderem eine regelmäßige Bewertung der Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein vornehmen

soll. Er soll aus sieben renommierten Persönlichkeiten zusammen gesetzt sein. Außerdem will die CDU einige Kompetenzen wie z.B. die Auswahl von Studierenden und die Berufung von Professorinnen und Professoren in die Autonomie der Hochschulen verlagern. Gefordert wird zudem die Einführung von Studiengebühren.

Danach geht es in Zweiter Lesung um die **Änderung des Schulgesetzes**. Grundlage war ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/2033), mit dem Trägern von Ersatzschulen die Finanzierung erleichtert werden sollte. Auf der Grundlage schriftlicher Stellungnahmen und mehrerer Beratungen des Bildungs- und des Finanzausschusses hat der Bildungsausschuss nun eine Beschlussempfehlung vorgelegt (Drs. 15/2785). SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben gegen die Stimmen von CDU und FDP eine andere Fassung der Gesetzesänderung durchgesetzt. Demnach können Ersatzschulen demnächst Zuschüsse vom Land bekommen, wenn sie drei Jahre lang ohne Beanstandungen betrieben wurden. Die CDU hatte eine Verkürzung auf zwei Jahre beantragt; im geltenden Gesetz beträgt die Frist vier Jahre.

In Erster Lesung wird anschließend das von der Landesregierung vorgelegte **Gesetz über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für Meereswissenschaften“** beraten (Drs. 15/2793). Zum 1. Januar 2004 sollen das Forschungszentrum für Marine Geowissenschaften (GEOMAR) der Christian-Albrechts-Universität und das Institut für Meereskunde (IfM) zu dieser Stiftung vereinigt werden. Dadurch entsteht eine Forschungseinrichtung mit etwa 375 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der Etat umfasst rund 40 Millionen Euro.

Einen Sonderbericht des Landesrechnungshofes zu **Unterrichtsversorgung und Lehrerberfordernis** bis zum Jahre 2010 fordert die FDP-Fraktion in einem Antrag (Drs. 15/2677), mit dem sich der Landtag dann befassen wird.

Anschließend geht es auf der Grundlage des jährlich vorzulegenden Regierungsberichtes um die **Unterrichtssituation 2002/2003** (Drs. 15/2717). Demnach wurden an den öffentlichen Schulen im Schuljahr 2002/03 rund 408.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet – das sind 0,8% mehr als im Vorjahr.

Nächstes Thema ist die **Zweite Phase der Lehrerbildung**. Dazu hat die FDP-Fraktion einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/2842), in dem sie die Landesregierung auffordert, vor einer Neuregelung der Lehrerbildung eine wissenschaftlich fundierte Evaluierung durchzuführen. Zudem soll die Regierung dem Landtag eine vergleichende Berechnung der Kosten des

bisherigen Ausbildungskonzepts und der am Institut für Qualitätssicherung an Schulen (IQSH) entwickelten neuen Lösung vorlegen.

Nach der Mittagspause geht es ab 15:00 Uhr um den **Küstenschutz**.

Die CDU-Fraktion fordert in einem Antrag dazu die Landesregierung auf, dem Küstenschutz bei konkurrierenden Schutzinteressen Vorrang einzuräumen (Drs. 15/2827). Nach Angaben des Innenministeriums werden in diesem Jahr 42,6 Millionen Euro in den Küstenschutz in Schleswig-Holstein investiert. Schleswig-Holstein hat eine Küstenlinie von 1.190 km, von denen rund 1.100 km durch Deiche gesichert sind.

Anschließend dreht die Debatte sich auf Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/2833) um die **Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen**. Die CDU verlangt von der Landesregierung ein mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmtes Gesamtkonzept in Form einer Schulentwicklungsplanung, bevor es zu weiteren Einrichtungen dieser Art kommt. Das **Haus der Geschichte** ist Gegenstand der folgenden Beratung. Die CDU-Fraktion und die Abgeordneten des SSW haben gemeinsam beantragt (Drs. 15/2841), strukturelle Voraussetzungen für dieses vom Landtag insgesamt gewünschte Landesmuseum zu schaffen. Eine Standortentscheidung soll jedoch wegen der angespannten Haushaltslage nicht getroffen werden.

In Erster Lesung wird danach das von der Landesregierung vorgelegte **Gesetz über die Sonn- und Feiertage (SFTG)** beraten (Drs. 15/2802).

Damit wird das ursprünglich aus dem Jahr 1953 stammende Gesetz gänzlich neu gefasst. Der Entwurf sieht unter anderem vor, dass Autowaschanlagen auch an Sonn- und Feiertagen geöffnet werden dürfen. An den stillen Feiertagen dürfen künftig Sportveranstaltungen stattfinden, wenn auf Show-Einlagen und laute Musik verzichtet wird.

Die Änderung des **Landespressegesetzes** steht anschließend zur Ersten Lesung an. Die Landesregierung hat dazu einen Entwurf eingebracht (Drs. 15/2835). Unter anderem ist folgende Änderung vorgesehen:

Schleswig-holsteinische Zeitungen sollen künftig ihre Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse im Impressum offen legen. Außerdem sollen Zeitungen, die ganze Seiten des redaktionellen Teils von anderen Blättern fertig übernehmen, im Impressum den Verleger und den verantwortlichen Redakteur des übernommenen Teils angeben.

Letztes Thema am Donnerstag ist die **Reform der Juristenausbildung**.

Dazu hat die Landesregierung dem Parlament den Entwurf eines Juristenausbildungsgesetzes (JAG) zur Ersten Lesung vorgelegt (Drs.

15/2837). Damit wird die Anpassung des Landesrechts an das zum 1. Juli 2003 geänderte Bundesgesetz vorgenommen.

Am **Freitag, 29. August 2003**, befasst sich der Landtag zunächst mit dem von der Landesregierung vorgelegten **Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum** (Drs. 15/2813). Dabei geht es um die bisherige Tätigkeit (2001-2003) sowie die Weiterführung (2004-2006). Hintergrund: Seit 1994 betreibt das Land sechs Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum, um die Zusammenarbeit zu fördern. Jeweils ein Büro befindet sich in Malmö, Danzig, Tallin, Vilnius, Riga und Kaliningrad. Alle drei Jahre berichtet die Regierung dem Landtag über die Arbeit der Büros und entscheidet auch über deren Weiterarbeit.

Die **Zukunft des Ostseerates** steht anschließend im Mittelpunkt der Beratung. Auf Antrag des SSW im Landtag wird die Landesregierung mündlich über die diesjährige Sitzung des Ostseerates sowie über die Zukunft dieses Gremiums berichten. Dem Ostseerat gehören die Außenminister der Ostseestaaten, Norwegens und Islands sowie die EU-Kommission an. Er wurde 1991 gegründet, hat seinen Sitz in Stockholm und tagt einmal jährlich.

Nächstes Thema ist die **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark**. Auf Beschluss des Landtages hat die Regierung hierzu erstmalig einen gesonderten schriftlichen Bericht vorgelegt (Drs. 15/2731).

**Volle Bahncard-Rabatte auch in Schleswig-Holstein** fordert die FDP-Fraktion in einem Antrag (Drs. 15/2822), der vom Landtag dann beraten wird. Die Landesregierung soll dem Landtag mündlich darüber Bericht erstatten, wie die Besitzer der neuen Bahncard 50 auch in Schleswig-Holstein in den Genuss von 50% Rabatt kommen sollen.

Danach geht es um den Vorschlag auf Bundesebene, eine **Bürgerversicherung im Gesundheitswesen** einzuführen. Die CDU-Fraktion lehnt diesen Vorschlag ab (Drs. 15/2832) und fordert die Landesregierung auf, sich beim Bund für andere langfristige Veränderungen des Gesundheitssystems stark zu machen.

Nach der Mittagspause folgt die Beratung eines SSW-Antrages, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich für den Erhalt der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“** ab 2004 einzusetzen (Drs. 15/2844). Ein Auslaufen dieser Gemeinschaftsaufgabe hätte laut SSW negative Folgen für die strukturschwa-

chen Regionen in Schleswig-Holstein, weil ein wesentlicher Finanzierungsbestandteil des „Regionalprogramm 2000“ wegfiel.

Nächster Punkt ist die **Förderung von Existenzgründungen** in Schleswig-Holstein. Dazu hat die Landesregierung einen Bericht vorgelegt (Drs. 15/2716). Darin verweist sie auf die überdurchschnittlich hohe Selbständigenquote von 12,1 Prozent (Bundesdurchschnitt: 10,6 Prozent).

Ein weiterer Regierungsbericht wird danach beraten: Thema ist der aktuelle Sachstand hinsichtlich des geplanten **Antidiskriminierungsgesetzes** auf Bundesebene. Dabei geht es unter anderem um die Umsetzung mehrerer EU-Richtlinien in deutsches Recht.

Es folgt die Beratung über den **Bericht der Investitionsbank für 2002** (Drs. 15/2752) sowie die **Tätigkeit der Technologiestiftung 2002** (Drs. 15/2812). Und schließlich berät der Landtag noch über zwei Berichte der Landesregierung: Dabei geht es um den **Bundesverkehrswegeplan** (Drs. 15/2821) und um die **Zukunft des Öffentlichen Dienstes** (Drs. 15/2830).

**Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen;** die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichterstattung
2	Änderung des Schulgesetzes (FDP, Beschlussempfehlung Bildungsausschuss), Drs. 15/2784	5
7	Änderung des Stiftungsgesetzes (Landesregierung, Erste Lesung), Drs. 15/2831	-
13	Mittelstandsoffensive (FDP-Antrag), Drs. 15/2824	-
14	Fortentwicklung der Verwaltungsreform (FDP-Antrag), Drs. 15/2825	-
17	Grundsicherung (CDU-Antrag), Drs. 15/2828	-
21	Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte (CDU-Antrag), Drs. 15/2834	-
40	Ausweitung des Nationalparks Wattenmeer als Weltkulturerbe (FDP, Beschlussempfehlung Umweltausschuss), Drs. 15/2836	

## Reihenfolge der Beratung der 35. Tagung

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		ange-meldete Redezeit	Voraus-sichtl.Begi nn der Beratung
<b>Mittwoch, 27. August 2003</b>			
<b>4 u. 37</b>	<b>Haushaltsgesetz 2004/2005 und Finanzplan 2003 – 2007</b>	<b>300</b>	<b>10:00</b>
12 u.15	Gemeindefinanzreform	60	17:00
<b>Donnerstag, 28. August 2003</b>			
<b>18</b>	<b>Modernisierung der Hochschule</b>	<b>30</b>	<b>10:00</b>
3	Änderung des Schulgesetzes (CDU)	35	10:30
5	Gesetz über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für Meereswissenschaften“	30	11:05
10	Unterrichtsversorgung und Lehrerbedarf	30	11:35
31	Unterrichtssituation im Schuljahr 2002/03	30	12:05
26	Zweite Phase der Lehrerbildung	30	12:35
<b>16</b>	<b>Vorrang des Küstenschutzes</b>	<b>30</b>	<b>15:00</b>
20	Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen	30	15:30
25	Haus der Geschichte	30	16:00
6	Gesetz über die Sonn- und Feiertage	30	16:30
8	Änderung des Landespressegesetzes	30	17:00
9	Juristenausbildungsgesetz	30	17:30
<b>Freitag, 29. August 2003</b>			
<b>36</b>	<b>Tätigkeit der Schleswig-Holstein-Büros</b>	<b>30</b>	<b>10:00</b>
27	Zukunft des Ostseerates	30	10:30
32	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	30	11:00
11	Voll Bahncard-Rabatte auch in Schleswig-Holstein	30	11:30
19	Ablehnung der Einführung einer Bürgerversicherung	60	12:00
23a	Kein Auslaufen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	30	15:00
30	Förderung von Existenzgründungen	30	15:30
33	Zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz des Bundes	30	16:00
34	Bericht der Investitionsbank	30	16:30
35	Tätigkeit der Technologiestiftung	30	17:00
38	Bericht zum Bundesverkehrswegeplan	30	17:30
39	Zukunft des öffentlichen Dienstes	30	